

Verbreitung russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs

Eine empirische Analyse politischer Kommunikation
auf Basis des Verfassungsschutzberichts 2024

Dezember 2025

renew europe.

Die vorliegende Studie ist durch die Renew Gruppe im Europäischen Parlament finanziell unterstützt worden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Forschungsfragen	4
3. Methodik.....	5
4. Ergebnisse	6
4.1 Überblick: Signifikante Präsenz der Narrativkategorien im parlamentarischen Diskurs.....	6
4.2 Haltungsverteilung: Mehrheitliche Ablehnung bei deutlicher parteipolitischer Polarisierung ..	7
4.3 Parteipolitische Muster	10
4.4 Kookkurrenz-Muster: Narrative als strategische Bündel	13
4.5 Zeitreihenanalyse: Diskursdynamik und exogene Ereignisse	14
Bibliografie	16

Die vorliegende Studie wurde durch die Renew Gruppe im Europäische Parlament finanziell ermöglicht.

renew europe.

Vorwort

Demokratische Systeme geraten heute zunehmend unter Druck – nicht allein durch militärische Gewalt, sondern durch gezielte Informationsmanipulation, strategische Desinformation und hybride Einflussnahme autoritärer Akteure. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat diese Entwicklung nicht ausgelöst, hat sie aber in ihrer ganzen Tragweite für uns alle sichtbar gemacht. Desinformation ist längst zu einem sicherheitspolitischen Instrument geworden – mit dem Ziel, Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben, politische Entscheidungsprozesse zu verzerren und gesellschaftliche Polarisierung zu vertiefen.

Diese staatlich gesteuerten Desinformationsnarrative haben auch in Österreich längst Einzug gehalten. Der österreichische Verfassungsschutzbericht 2024 der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst zeigt eine Vielzahl russischer Desinformationsnarrative auf, die gezielt auf westliche Gesellschaften und politische Diskurse abzielen. Sie betreffen zentrale Fragen europäischer Politik: Die Unterstützung der Ukraine, die Wirksamkeit von Sanktionen, energiepolitische Abhängigkeit von Russland sowie die Rolle und Bedeutung der Europäischen Union als Ganzes. Klar wird dabei: Russische Manipulationsversuche zielen darauf ab, europäische Demokratien zu destabilisieren und liberale Gesellschaften und Werte systematisch zu untergraben.

Diese pro-russischen Narrative wirken überall dort, wo politische Meinungsbildung stattfindet – von Alternativmedien über soziale Netzwerke bis hin zu parlamentarischen Debatten auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Die vorliegende Studie „*Verbreitung russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs*“ setzt genau an diesem Punkt an und untersucht, wie solche Narrative seit Februar 2022 Eingang in den österreichischen parlamentarischen Diskurs gefunden haben.

Denn staatlich gesteuerte Desinformationsnarrative in sozialen Netzwerken und Alternativmedien sind bereits für sich genommen erschreckend genug. Wenn dieselben Narrative jedoch in den parlamentarischen Diskurs vordringen, dort Glaubwürdigkeit und Legitimität erhalten, mediale Resonanz erfahren und weiterverbreitet werden, können sich Manipulationsversuche rasch zu einem Lauffeuer entwickeln, das die öffentliche Wahrnehmung und politische Debatte nachhaltig prägt und dazu führt, dass Fakten von Fake News, immer schwerer zu unterscheiden sind.

Vor diesem Hintergrund kommt dem **Sonderausschuss European Democracy Shield (EUDS) des Europäischen Parlaments** zentrale Bedeutung zu. Der Ausschuss befasst sich mit der Frage, wie europäische Demokratien wirksam vor dieser externen Desinformation geschützt und zugleich die gezielte Weiterverbreitung solcher Narrative von innen verhindert werden kann. Denn Demokratie gerät dort in Gefahr, wo autoritäre Propagandanarrative unreflektiert übernommen oder bewusst zur Schwächung demokratischer Institutionen instrumentalisiert werden.

Die vorliegende Studie leistet hier einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Demokratie. Sie zeigt auf, wie insbesondere politische Ränder russische Narrative aufgreifen und weiterverbreiten und damit zur gezielten Destabilisierung demokratischer Systeme beitragen. Die Analyse macht außerdem das Ausmaß hybrider Einflussnahme und Desinformation in Österreich sichtbar und schafft eine empirische Grundlage für das Verständnis dieser Bedrohungen. Damit unterstützt sie die gemeinsame europäische Aufgabe, unsere Demokratien gegen gezielte russische Propaganda und Destabilisierungsversuche zu schützen.

Helmut Brandstätter

Mitglied des Europäischen Parlaments | Renew Europe

1. Einleitung

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 hat die Bedeutung strategischer Kommunikation und gezielter Desinformation als Instrument außen- und sicherheitspolitischer Einflussnahme erheblich zugenommen. Informationsoperationen stellen dabei keinen bloßen Begleitfaktor militärischer Gewalt dar, sondern sind integraler Bestandteil russischer hybrider Kriegsführung, die auf eine langfristige Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse, gesellschaftlicher Stimmungen und institutioneller Vertrauensverhältnisse in westlichen Demokratien abzielt.¹ Bereits vor 2022 nutzte Russland systematisch staatlich kontrollierte Medien, verdeckte Online-Netzwerke und gezielte Narrative, um bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien zu verstärken.² Der Krieg gegen die Ukraine markiert jedoch eine deutliche Intensivierung und stärkere Koordinierung dieser Aktivitäten.³

Auf europäischer Ebene wird diese Entwicklung zunehmend als sicherheitspolitische Herausforderung eigener Qualität verstanden. Berichte des Europäischen Auswärtiger Dienst zu Foreign Information Manipulation and Interference (FIMI) zeigen, dass russische Akteure wiederkehrend Narrative einsetzen, die Zweifel an der Legitimität westlicher Unterstützung für die Ukraine säen, politische Eliten delegitimieren und die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen infrage stellen.⁴ Ziel ist weniger die unmittelbare Überzeugung breiter Mehrheiten als vielmehr die Erosion gesellschaftlichen Konsenses, die Förderung politischer Polarisierung und die Schwächung kollektiver Entscheidungsfähigkeit. Auch Analysen des European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats (Hybrid CoE) betonen, dass russische Desinformationskampagnen insbesondere dort Wirkung entfalten, wo sie an bestehende wirtschaftliche, energiepolitische oder sicherheitspolitische Unsicherheiten anknüpfen können.⁵

Während sich diese Muster russischer Informationsmanipulation auf europäischer Ebene in vergleichbarer Weise beobachten lassen, variieren ihre konkrete Ausprägung und gesellschaftliche Resonanz erheblich je nach nationalem Kontext. Nationale politische Kulturen, historische Erfahrungen und strukturelle Abhängigkeiten bestimmen maßgeblich, welche Narrative Anschlussfähigkeit entfalten und wie sie in institutionalisierte Diskurse einsickern.⁶ Für Österreich konkretisiert sich diese europäische Bedrohungslage im Verfassungsschutzbericht 2024 der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), der eine Reihe zentraler russischer Desinformationsnarrative beschreibt, die gezielt auf die Beeinflussung öffentlicher Meinungsbildungsprozesse ausgerichtet sind.⁷ Der Bericht versteht Desinformation dabei nicht als isolierte Falschinformation, sondern als strategisch eingesetztes Instrument, das bestehende gesellschaftliche Unsicherheiten aufgreift, verstärkt und politisch nutzbar macht. Für den österreichischen Kontext werden dabei insbesondere Narrative hervorgehoben, die an bestehende energiepolitische Abhängigkeiten, wirtschaftliche Unsicherheiten sowie sicherheits- und neutralitätspolitische Sensibilitäten anknüpfen:

„Die Unterstützung der Ukraine durch Europa ist sinnlos“;

„Die Sanktionen gegen Russland sind wirkungslos und zum Nachteil der Bevölkerung“;

„Kältewinter: Drohende Energiekrise, sollte Österreich russische Gasimporte stoppen“;

„Österreich droht bei einem russischen Gasausstieg die Deindustrialisierung und der ökonomische Niedergang“;

„Österreich steht der NATO-Beitritt bevor“.

In ihrer Gesamtheit zielen diese Narrative darauf ab, Zweifel an der politischen Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen, an der Wirksamkeit europäischer Solidaritätsmechanismen sowie an der sicherheitspolitischen Orientierung Österreichs zu säen. Sie entfalten ihre Wirkung nicht primär durch die Vermittlung neuer Informationen, sondern durch die strategische Reaktivierung bestehender gesellschaftlicher Deutungsmuster und Konfliktlinien, die im politischen Diskurs wiederholt aufgegriffen und verstärkt werden können.

Die geplante Studie setzt an dieser Schnittstelle an und untersucht, inwieweit sich die vom DSN identifizierten Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs widerspiegeln. Dabei handelt es sich um eine deskriptive Analyse, die die Präsenz und Resonanz ausgewählter Narrative im Diskurs systematisch erfasst, **ohne eine normative Bewertung legitimer politischer Positionen oder parlamentarischer Meinungsäußerungen vorzunehmen**. Das Parlament stellt einen besonders geeigneten Untersuchungsgegenstand dar, da politische Kommunikation hier in institutionalisierter und öffentlich zugänglicher Form erfolgt, die sowohl die öffentliche Meinungsbildung prägt als auch unmittelbare Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse entfaltet.

Die Studie leistet somit einen empirisch fundierten Beitrag zum Verständnis der innenpolitischen Dimension hybrider Einflussnahme in Österreich. Durch die systematische Analyse parlamentarischer Kommunikation wird erstmals nachvollziehbar, in welchem Umfang und in welchen Kontexten russische Desinformationsnarrative Eingang in politische Diskurse finden. Damit schafft die Untersuchung eine datenbasierte Grundlage, um Informationssicherheitsrisiken und Verwundbarkeiten demokratischer Institutionen präziser zu erfassen.

Eine Analyse des österreichischen parlamentarischen Diskurses ermöglicht es darüber hinaus, über den nationalen Kontext hinausgehende Rückschlüsse zu ziehen und trägt zu einem vertieften Verständnis der Verbreitungs- und Resonanzmechanismen russischer Desinformation innerhalb der Europäischen Union bei. In diesem Kontext ermöglicht die Fallstudie Rückschlüsse auf vergleichbare Prozesse innerhalb der Europäischen Union und trägt damit zum europäischen Diskurs über demokratische Resilienz und Schutz vor hybriden Bedrohungen bei. Darüber hinaus liefert das Projekt methodische Grundlagen für eine kontinuierliche Beobachtung politischer Kommunikation im sicherheitspolitischen Kontext. Die Verbindung aus datenanalytischer Auswertung und qualitativer Interpretation bietet ein Modell, das auch auf andere Mitgliedstaaten oder die EU-Ebene übertragbar ist.

2. Forschungsfragen

Die Studie verfolgt das Ziel, die Verbreitung russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs systematisch zu erfassen und deren Präsenz im zeitlichen Verlauf sichtbar zu machen. Im Mittelpunkt steht die Frage, in welchem Ausmaß pro-russische Narrative, die im Verfassungsschutzbericht 2024 der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst identifiziert wurden, Eingang in Wortmeldungen österreichischer Abgeordneter im Rahmen von Plenarsitzungen gefunden haben. Ziel ist es dabei nicht, politische Positionen oder Akteure zu bewerten, sondern die diskursive Anschlussfähigkeit dieser Narrative im institutionellen Rahmen parlamentarischer Debatten zu analysieren und ein empirisch fundiertes Bild ihrer Verbreitung, Kontextualisierung und zeitlichen Dynamik zu zeichnen. Zugleich leistet die Studie einen Beitrag zum Verständnis nationaler Resonanzräume russischer Desinformationsnarrative innerhalb der Europäischen Union. Vor diesem Hintergrund leiten sich folgende zentrale Forschungsfragen ab:

1. *In welchem Umfang und in welchen thematischen Zusammenhängen treten die vom DSN definierten Narrative im parlamentarischen Diskurs zwischen Februar 2022 und Februar 2025 auf?*
2. *Welche Fraktionen oder einzelnen parlamentarischen Akteure greifen diese Narrative auf, und wie häufig erfolgt ihre Artikulation im parlamentarischen Diskurs?*
3. *Lassen sich zeitliche Häufungen oder Korrelationen mit internationalen Ereignissen – etwa militärischen Eskalationen, EU-Sanktionsentscheidungen oder energiepolitischen Debatten – erkennen?*

Die formulierten Forschungsfragen ermöglichen eine strukturierte Annäherung an die Präsenz und Einbettung russischer Desinformationsnarrative im österreichischen parlamentarischen Diskurs. Sie dienen dazu, deren Auftreten, Zuordnung und zeitliche Verdichtung empirisch nachzuzeichnen, ohne Aussagen über Intentionen, Wirkungen oder politische Legitimität einzelner Positionen zu treffen. Damit bilden sie die konzeptionelle Grundlage für die nachfolgende methodische Operationalisierung und Analyse.

3. Methodik

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 bis drei Jahre danach, dem 24. Februar 2025. Als Primärmaterial dienen die Protokolle des Österreichischen Nationalrats, die über die Open-Data-Schnittstellen des Parlaments vollständig öffentlich zugänglich sind. Das Untersuchungskorpus umfasst sämtliche Wortmeldungen von Abgeordneten in Plenarsitzungen innerhalb des definierten Zeitraums. Die Analyse erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren unter Verwendung computergestützter Textanalysemethoden. In einem ersten Schritt werden alle Redebeiträge mithilfe von Large Language Models (LLMs) auf das Vorhandensein der fünf im Verfassungsschutzbericht identifizierten Desinformationsnarrative untersucht. Jedes Narrativ wird dabei als thematische Proposition operationalisiert, etwa in Form von Aussagen wie „EU-Sanktionen sind wirkungslos und schaden Europa“ oder „Die Unterstützung der Ukraine ist sinnlos“. Für jeden identifizierten Narrativbezug wird zusätzlich die Haltung des jeweiligen Redners klassifiziert. Dabei wird unterschieden, ob das Narrativ befürwortet, neutral berichtet oder zitiert beziehungsweise abgelehnt oder widerlegt wird. Diese sogenannte Stance-Klassifikation ist zentral, um zwischen legitimer politischer Meinungsäußerung, kritischer Auseinandersetzung und der tatsächlichen Übernahme problematischer Narrative differenzieren zu können.

Die Qualität der automatisierten Klassifikation wurde durch ein handkuratiertes Test-Set mit 39 Redebeiträgen systematisch überprüft, das sowohl synthetische Testfälle als auch reale Parlamentsreden mit manuell annotierten Referenzlabels umfasst. Die dreistufige Analysepipeline ist dabei bewusst so konzipiert, dass zunächst ein kostengünstiges Sprachmodell möglichst alle potenziell relevanten Narrative erfasst – auch wenn dabei vereinzelt Fehlklassifikationen auftreten. In einem zweiten Schritt filtert ein leistungsfähigeres Modell diese Falsch-Positiven präzise heraus, bevor in der finalen Stufe die Stance-Klassifikation (Befürwortung, Ablehnung, Unklarheit) erfolgt. Die Evaluationsergebnisse zeigen eine hohe Treffergenauigkeit von 79–88% über alle Pipeline-Stufen hinweg und bestätigen damit die Robustheit des Ansatzes für die Anwendung auf den Gesamtdatensatz von 11.490 Nationalratsreden.

Die auf diese Weise gewonnenen Daten werden anschließend quantitativ ausgewertet. Häufigkeitsanalysen geben Aufschluss über die Verbreitung einzelner Narrative im Zeitverlauf, nach Fraktionen sowie in Bezug auf spezifische außenpolitische Ereignisse, etwa EU-Sanktionspakete oder energiepolitische Entwicklungen. Das methodische Design gewährleistet durch die Kombination automatisierter und manueller Verfahren eine systematische, transparente und nachvollziehbare Analyse, die sowohl eine quantitative Übersicht als auch qualitative Tiefenschärfe bietet.

4. Ergebnisse

4.1 Überblick: Signifikante Präsenz der Narrativkategorien im parlamentarischen Diskurs

Die Analyse basiert auf 1.567 Reden aus dem österreichischen Nationalrat im Zeitraum vom 22. Februar 2022 bis zum 21. Januar 2025, was etwa 13 % aller 11.490 gehaltenen Reden in diesem Zeitraum entspricht. In diesen Reden wurden insgesamt 2.533 Narrativ-Instanzen identifiziert, wobei eine Narrativ-Instanz eine einzelne Textstelle bezeichnet, in der ein bestimmtes Narrativ explizit oder implizit artikuliert wird. Der zentrale Befund zeigt, dass **alle fünf vom DSN identifizierten Desinformationsnarrative im parlamentarischen Diskurs vertreten sind**, wobei deren Präsenz jedoch erheblich variiert.

<u>Narrativ</u>	<u>Instanzen</u>	<u>Anteil</u>
„Die Sanktionen gegen Russland sind wirkungslos und zum Nachteil der Bevölkerung“	695	27,4%
„Österreich droht bei einem russischen Gasausstieg die Deindustrialisierung und der ökonomische Niedergang“	675	26,6%
„Die Unterstützung der Ukraine durch Europa ist sinnlos“	528	20,8%
„Kältewinter: Drohende Energiekrise, sollte Österreich russische Gasimporte stoppen“	345	13,6%
„Österreich steht der NATO-Beitritt bevor“	290	11,4%

Abbildung 1: Narrativ-Verteilung

Die Verteilung der Narrative offenbart eine klare Dominanz wirtschaftlicher Themen. Das Sanktionsnarrativ führt mit 695 Instanzen (27,4%), dicht gefolgt vom Deindustrialisierungsnarrativ mit 675 Instanzen (26,6%). Das Ukraine-Unterstützungsnarrativ liegt mit 528 Instanzen (20,8%) an dritter Stelle, während das Energiekrisen-Narrativ (345 Instanzen, 13,6%) und das NATO/Neutralitäts-Narrativ (290 Instanzen, 11,4%) seltener auftreten. Insgesamt machen die wirtschaftlichen Narrative – Sanktionen, Gasabhängigkeit und Deindustrialisierung – etwa zwei Drittel aller Narrativ-Instanzen aus. Dies bestätigt die Einschätzung des DSN, wonach **russische Desinformationsnarrative insbesondere dort Resonanz finden, wo sie an bestehende energiepolitische Abhängigkeiten und wirtschaftliche Unsicherheiten anknüpfen können**.⁸

4.2 Haltungsverteilung: Mehrheitliche Ablehnung bei deutlicher parteipolitischer Polarisierung

Der methodische Kern dieser Studie – die Stance-Klassifikation – ergibt ein differenziertes Gesamtbild. Von den 2.533 Narrativ-Instanzen werden 58,5% (1.481 Instanzen) abgelehnt, 29,3% (742 Instanzen) befürwortet und 12,2% (310 Instanzen) mit unklarer Haltung klassifiziert.

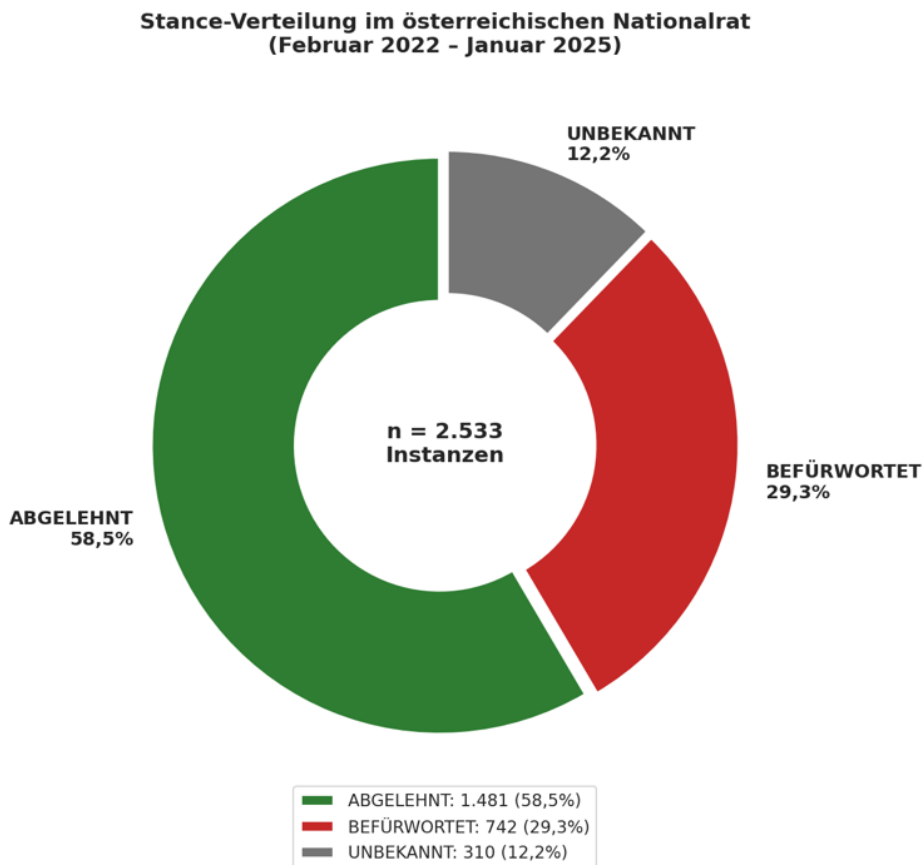


Abbildung 2: Stance-Verteilung Gesamtbild

Während eine klare Mehrheit der parlamentarischen Erwähnungen diese Narrative ablehnt, zeigt fast ein Drittel der Instanzen Befürwortung. Desinformationsnarrative werden somit nicht bloß zur Widerlegung zitiert – sie werden von bestimmten parlamentarischen Akteuren aktiv befürwortet. Entscheidend ist dabei die parteipolitische Dimension, die sich besonders deutlich in der Analyse der aktivsten Redner manifestiert.

Top 10 Redner: Stance-Verteilung
(Divergierendes Muster zwischen FPÖ und anderen Parteien)

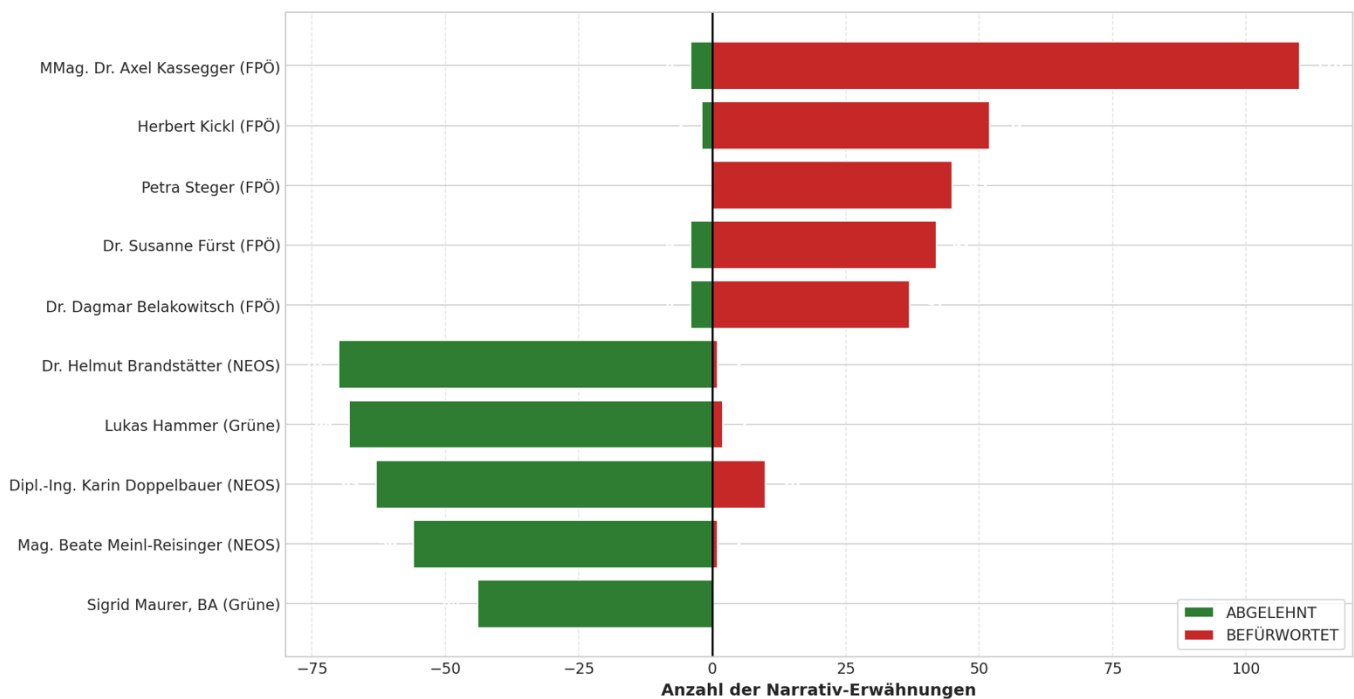


Abbildung 3: Stance-Verteilung Top-Redner

Die Analyse der Top-10-Redner nach Haltung zeigt ein markantes Muster: FPÖ-Abgeordnete befürworten diese Narrative nahezu ausnahmslos, während Abgeordnete von NEOS, Grünen und ÖVP sie überwiegend ablehnen. MMag. Dr. Axel Kassegger (FPÖ) führt mit 117 Narrativ-Erwähnungen, davon 110 befürwortend und nur 4 ablehnend. Herbert Kickl zeigt ein identisches Muster, fast ausschließlich werden die Narrative befürwortet. Am entgegengesetzten Pol stehen Dr. Helmut Brandstätter (NEOS) mit 70 ablehnenden gegenüber nur einer befürwortenden Erwähnung sowie Sigrid Maurer (Grüne) mit 44 ablehnenden und keiner einzigen befürwortenden Erwähnung.

Differenzierte Haltung nach Narrativtyp

Die Haltungsverteilung variiert signifikant je nach Narrativ, wobei sich ein deutliches Muster zwischen geopolitischen und wirtschaftlichen Narrativen abzeichnet.

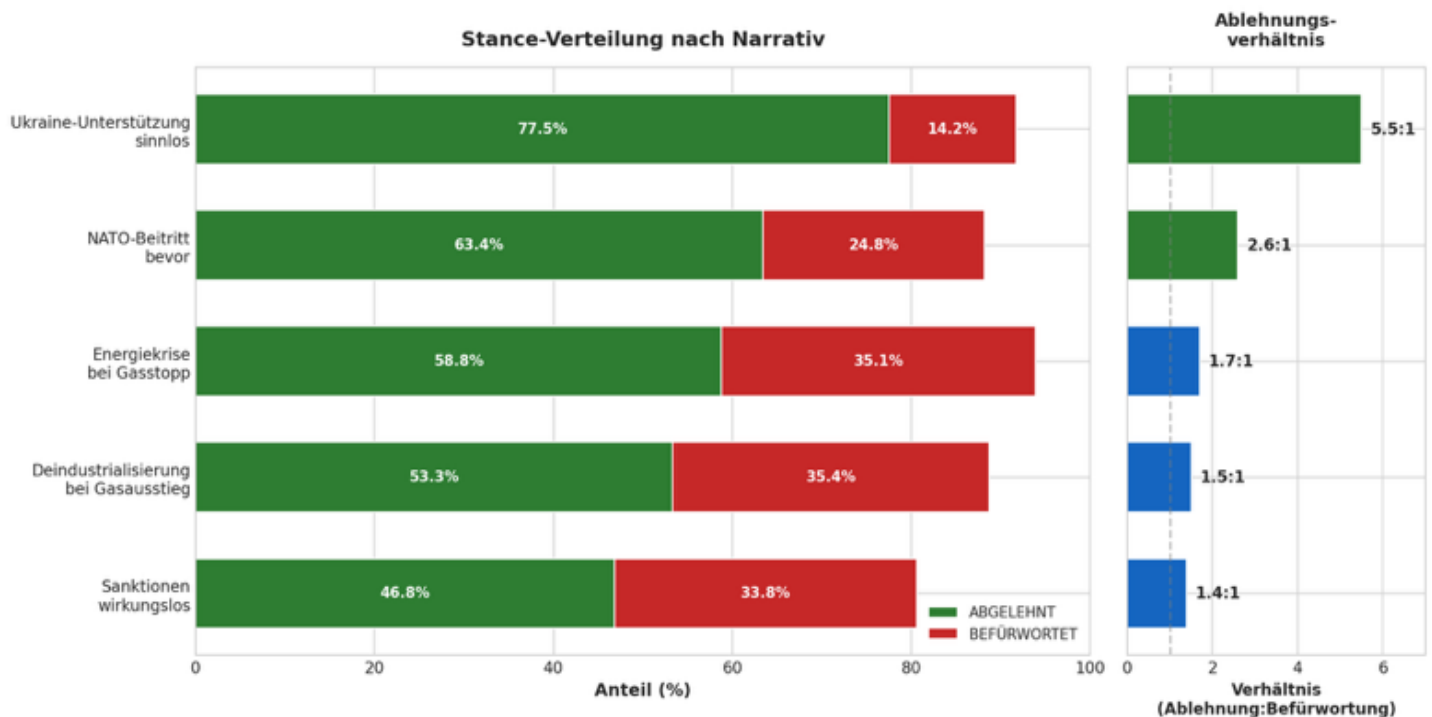


Abbildung 4: Haltung nach Narrativ

Das Narrativ „Die Unterstützung der Ukraine durch Europa ist sinnlos“ erfährt mit einem Verhältnis von 5,5:1 die stärkste Ablehnung (77,5% abgelehnt, 14,2% befürwortet), was auf einen robusten parlamentarischen Konsens zugunsten der Ukraine-Unterstützung hindeutet. Das NATO/Neutralitäts-Narrativ folgt mit einem Verhältnis von 2,6:1 (63,4% abgelehnt, 24,8% befürwortet). Im Gegensatz dazu zeigen die wirtschaftlichen Narrative deutlich schwächere Ablehnungsverhältnisse: Das Energiekrisen-Narrativ weist ein Verhältnis von 1,7:1 auf (58,8% abgelehnt, 35,1% befürwortet), das Deindustrialisierungsnarrativ 1,5:1 (53,3% abgelehnt, 35,4% befürwortet) und das Sanktionsnarrativ lediglich 1,4:1 (46,8% abgelehnt, 33,8% befürwortet). Diese wirtschaftlichen Themen stellen somit tatsächlich umstrittenes politisches Terrain dar – genau dort, wo Desinformation am ehesten auf Resonanz stößt.

4.3 Parteipolitische Muster

Die Stance-Verteilung nach Parteien zeigt eine ausgeprägte parteipolitische Differenzierung, die weit über individuelle Redner:innen hinausgeht und systematische Muster offenbart. Eine Gesamtschau der Stance-Verteilung nach Narrativ und Partei verdeutlicht diese Polarisierung besonders anschaulich.

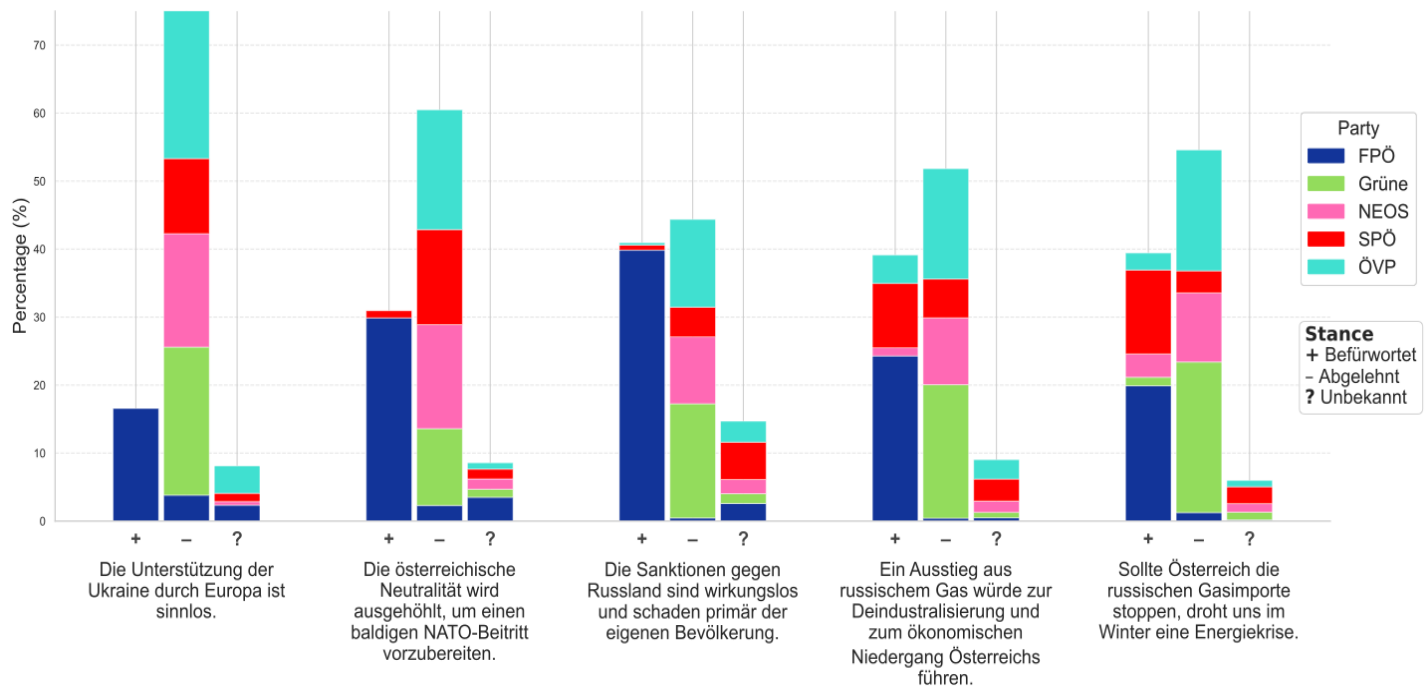


Abbildung 5: Stance-Verteilung nach Narrativ und Partei

Die Visualisierung zeigt für jedes der fünf Narrative drei Balken: Befürwortet (+), Abgelehnt (-) und Unbekannt (?), jeweils aufgeschlüsselt nach Parteizugehörigkeit. Dabei wird ein durchgängiges Muster sichtbar: Die FPÖ (blau) dominiert bei allen fünf Narrativen die „Befürwortet“-Kategorie, während Grüne, NEOS und ÖVP die „Abgelehnt“-Kategorie prägen. Besonders auffällig ist der Kontrast zwischen den geopolitischen Narrativen (Ukraine-Unterstützung, NATO-Neutralität), wo die Ablehnung deutlich überwiegt, und den wirtschaftlichen Narrativen (Sanktionen, Deindustrialisierung, Energiekrise), wo die Befürwortungs- und Ablehnungsbalken ähnliche Höhen erreichen.

Die parteiaggregierte Betrachtung bestätigt dieses Bild quantitativ:

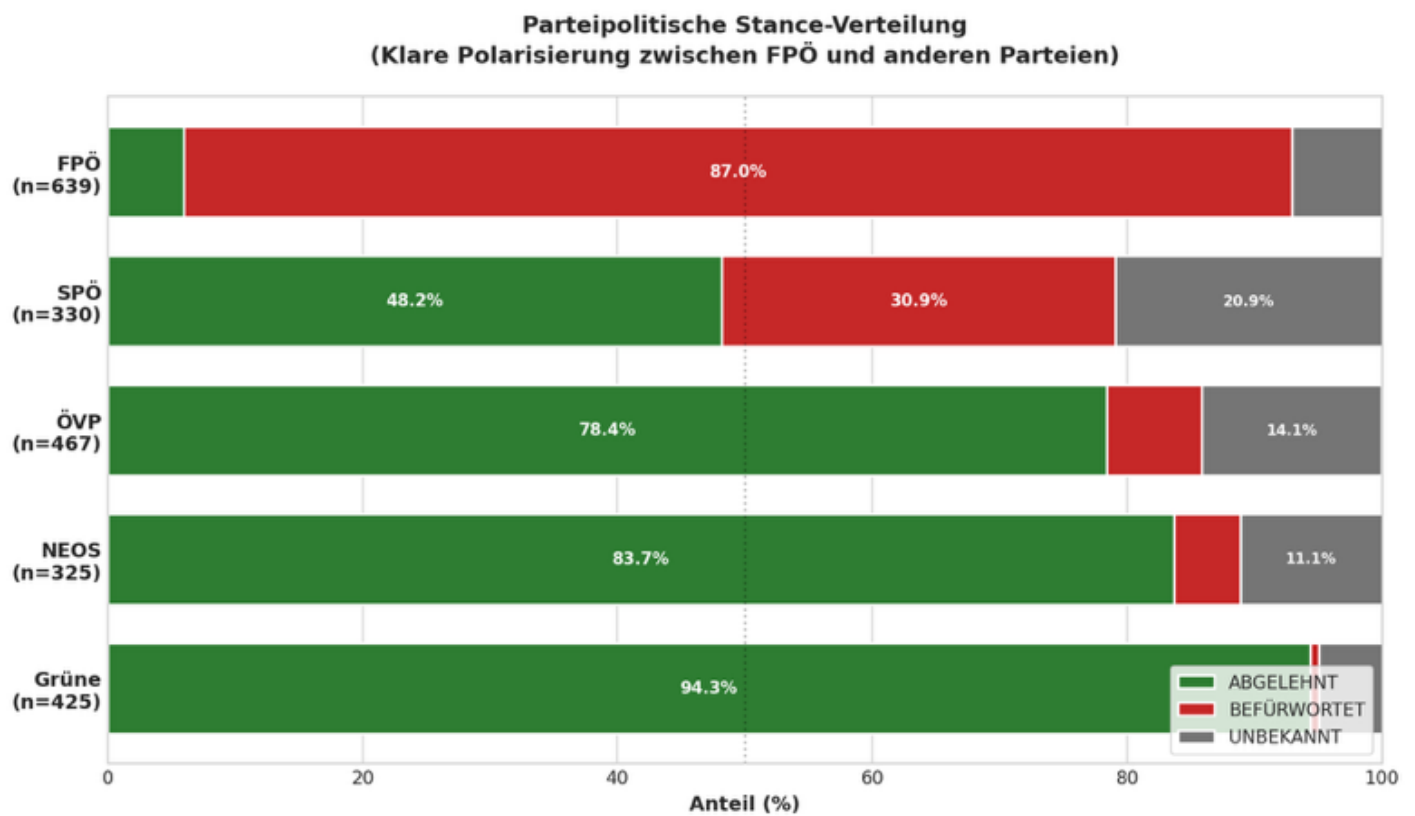


Abbildung 6: Parteiaggregierte Stance-Verteilung

Die Daten zeigen eine klare parteipolitische Polarisierung. Die FPÖ befürwortet die untersuchten Desinformationsnarrative zu 87% – ein extremer Ausreißer im Parteienspektrum. Die Grünen (94,4% Ablehnung) und NEOS (83,7% Ablehnung) stehen am entgegengesetzten Spektrum. Die ÖVP zeigt ebenfalls eine deutliche Ablehnungstendenz (78,4%), während die SPÖ ein auffällig gemischtes Muster aufweist (48,2% Ablehnung, 30,9% Befürwortung, 20,9% Unbekannt).

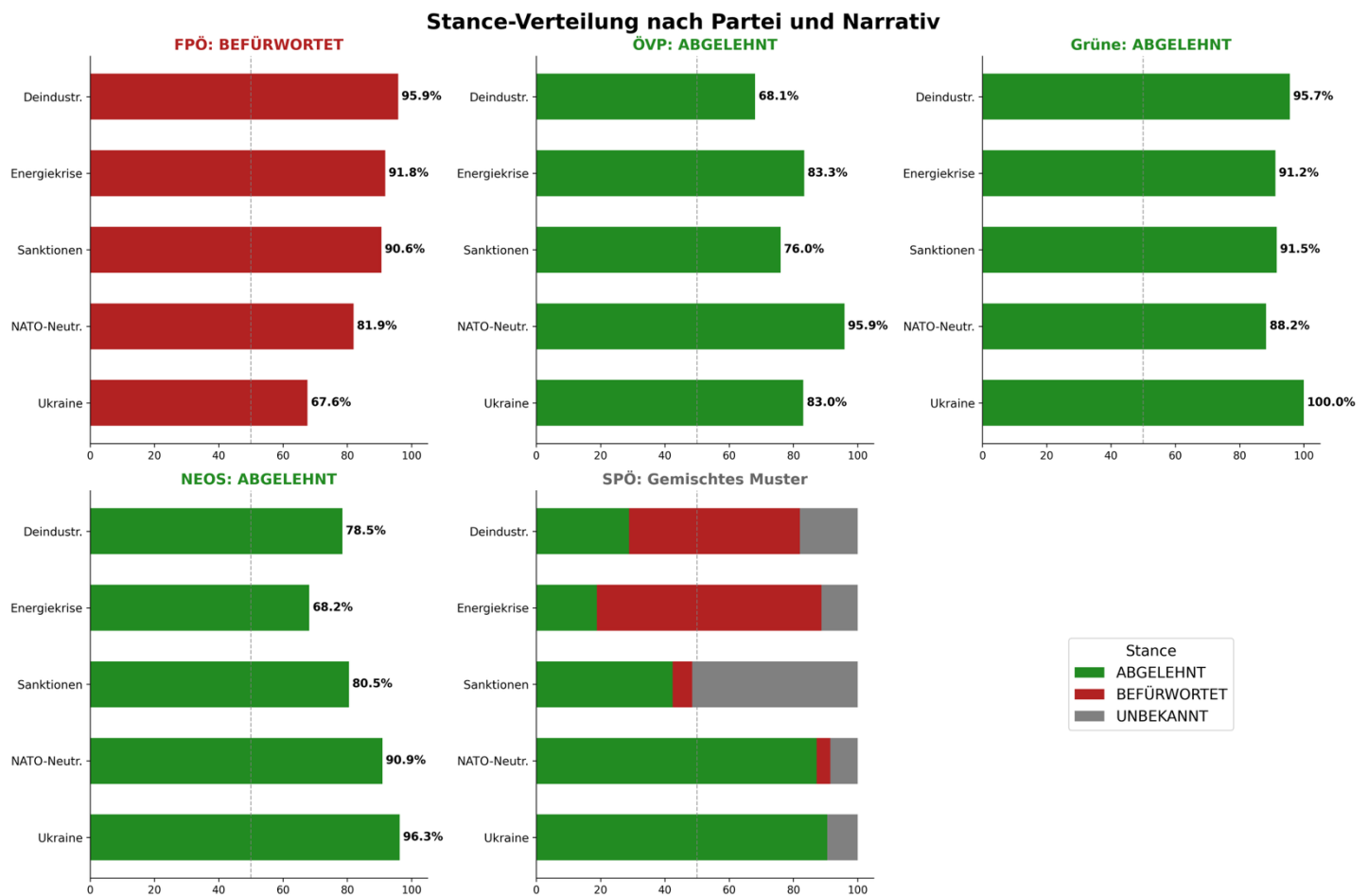


Abbildung 7: Parteien nach Narrativ

Im Unterschied zu allen anderen Fraktionen nimmt die FPÖ bei sämtlichen fünf Narrativen mehrheitlich befürwortende Positionen ein. Die narrativspezifische Aufschlüsselung zeigt konsistente Befürwortung: Deindustrialisierung mit 95,9%, Energiekrise mit 91,8%, Sanktionen mit 90,6%, NATO-Neutralität mit 81,9% und Ukraine-Unterstützung mit 67,6%. Dies entspricht der dokumentierten Verbindung der FPÖ zu russischen Positionen, einschließlich des „Freundschaftsvertrags“ mit Putins Partei „Einiges Russland“ aus dem Jahr 2016.

NEOS als aktivste Gegenstimme fällt durch ihre hohe Aktivität auf – trotz ihrer vergleichsweise geringen Sitzzahl im Nationalrat. Drei der fünf aktivsten Redner stammen von NEOS: Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer (82 Erwähnungen, 63 ablehnend), Dr. Helmut Brandstätter (74 Erwähnungen, 70 ablehnend) und Mag. Beate Meisl-Reisinger (57 Erwähnungen, 56 ablehnend). NEOS übernimmt damit überproportional die Rolle der aktiven Gegennarration zu Desinformationsnarrativen, mit Ablehnungsraten zwischen 68,2% (Energiekrise) und 96,3% (Ukraine-Unterstützung).

Grüne und ÖVP – beide Regierungsparteien bis September 2024 – erscheinen überwiegend in der Kategorie „ABGELEHNT“. Bei den Grünen zeigen Mag. Lukas Hammer (68 ablehnend, 2 befürwortend) und Sigrid Maurer (44 ablehnend, 0 befürwortend) exemplarische ablehnende Haltungen. Die Grünen weisen mit 94,35% die höchste Ablehnungsrate aller Parteien auf, mit Werten zwischen 88,2% (NATO-Neutralität) und 100% (Ukraine-Unterstützung) – eine nahezu vollständige Zurückweisung aller fünf Narrative. Die ÖVP

zeigt eine grundsätzlich ablehnende Haltung (78,4% gesamt), weist aber beim Deindustrialisierungs-Narrativ mit 18,1% Befürwortung leichte Abweichungen auf.

Das Muster der SPÖ ist differenziert. Die Gesamtzahlen der SPÖ (48,2% Ablehnung, 30,9% Befürwortung, 20,9% Unbekannt) zeigen ein interessantes narrativspezifisches Muster, das sich entlang der Unterscheidung zwischen geopolitischen und wirtschaftlichen Narrativen ausdifferenzieren lässt. Bei den außen- und sicherheitspolitischen Narrativen positioniert sich die SPÖ eindeutig ablehnend: Das Ukraine-Unterstützungsnarrativ wird zu 90,6% abgelehnt bei 0% Befürwortung, das NATO/Neutralitäts-Narrativ zu 87,2% bei nur 4,3% Befürwortung. In Fragen der Außenpolitik spiegelt die SPÖ somit keine pro-russischen Narrative wider.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den wirtschaftlichen Narrativen. Beim Deindustrialisierungsnarrativ überwiegt mit 53,2% die Befürwortung gegenüber nur 28,8% Ablehnung. Noch deutlicher ist das Muster beim Energiekrisen-Narrativ: 69,8% Befürwortung gegenüber 18,9% Ablehnung. Dies entspricht der traditionellen SPÖ-Fokussierung auf Arbeitnehmer:inneninteressen und Industriepolitik.

Beim Sanktionsnarrativ fällt der außergewöhnlich hohe „UNBEKANNT“-Anteil von 51,5% auf, bei 42,4% Ablehnung und nur 6,1% Befürwortung. Dies könnte auf eine parteiinterne Uneinigkeit oder bewusste Zurückhaltung hindeuten. Insgesamt amplifiziert die SPÖ somit nicht russische Positionen zur Außenpolitik, übernimmt jedoch wirtschaftspolitische Argumentationsmuster, die strukturell mit russischen Desinformationsnarrativen übereinstimmen.

4.4 Kookkurrenz-Muster: Narrative als strategische Bündel

Ein wesentlicher Aspekt der Analyse betrifft das gemeinsame Auftreten verschiedener Narrative innerhalb einzelner Reden. Ein beachtlicher Anteil von 43,78% aller Reden (686 von 1.567 Reden), die ein Desinformationsnarrativ enthalten, adressieren mehrere Narrative gleichzeitig, was auf strategische Bündelungen hindeutet.

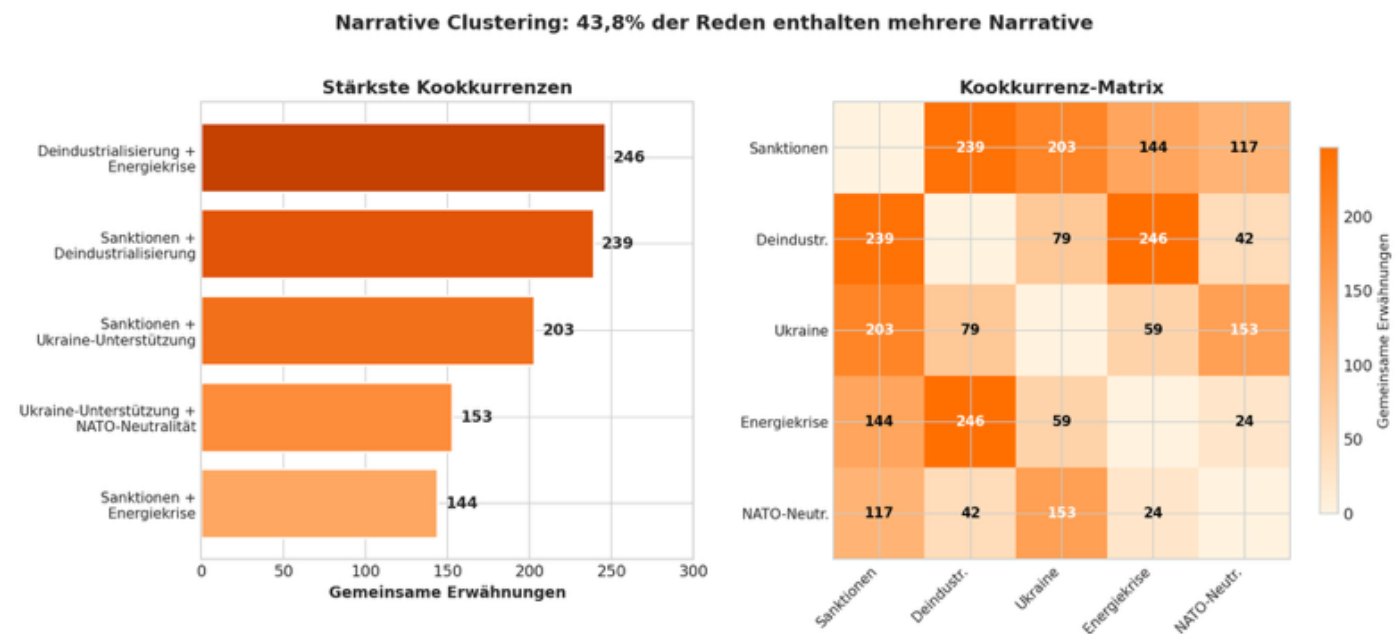


Abbildung 8: Kookkurrenzen

Die Kookkurrenz-Matrix zeigt dabei spezifische Cluster. Die stärkste Verbindung besteht zwischen Deindustrialisierung und Energiekrise mit 246 gemeinsamen Erwähnungen, gefolgt von Sanktionen und Deindustrialisierung (239), Sanktionen und Ukraine-Unterstützung (203), Ukraine-Unterstützung und NATO-Neutralität (153) sowie Sanktionen und Energiekrise (144).

Die drei wirtschaftlichen Narrative (Sanktionen, Deindustrialisierung, Energiekrise) bilden ein eng vernetztes Cluster mit Kookkurrenz-Werten zwischen 144 und 246. Dies deutet darauf hin, dass diese Narrative nicht isoliert, sondern als integrierte argumentative Pakete eingesetzt. Das NATO/Neutralitäts-Narrativ zeigt hingegen eine stärkere Kopplung mit dem Ukraine-Unterstützungs-Narrativ (153) als mit den wirtschaftlichen Narrativen (42-117), was auf unterschiedliche diskursive Funktionen dieser Narrativgruppen hindeutet.

4.5 Zeitreihenanalyse: Diskursdynamik und exogene Ereignisse

Die zeitliche Entwicklung der Narrativ-Erwähnungen zeigt ein charakteristisches Muster mit mehreren deutlichen Peaks, die eng mit externen Krisen und politischen Ereignissen korrelieren. Die höchste Resonanz zeigt sich während akuter wirtschaftlicher Belastungen (Herbst 2022), nicht während militärischer Eskalationen. Dies bestätigt die DSN-Analyse, wonach russische Desinformation in Österreich vor allem dort wirksam ist, wo sie an konkrete wirtschaftliche Verunsicherungen gekoppelt werden.⁹

Phase 1: Unmittelbare Krisenreaktion (Februar–März 2022). Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 löste intensive parlamentarische Debatten aus. Im März 2022 erreichten die Erwähnungen erste Höchstwerte mit 51 Instanzen beim Sanktionsnarrativ, 51 beim Ukraine-Unterstützungsnarrativ und 34 beim Deindustrialisierungsnarrativ. Die EU verabschiedete in diesem Monat ihre ersten umfassenden Sanktionspakete, was unmittelbare Diskussionen über wirtschaftliche Auswirkungen auslöste.

Phase 2: Energiekrise-Höhepunkt (Oktober–November 2022). Der absolute Höchstwert im gesamten Untersuchungszeitraum fiel in den Oktober 2022 mit 75 Erwähnungen beim Sanktionsnarrativ, 69 beim Deindustrialisierungsnarrativ, 35 beim Ukraine-Narrativ und 32 beim Energiekrisen-Narrativ. Im November 2022 blieb die Aktivität mit 58 Erwähnungen zur Deindustrialisierung und 31 zu Sanktionen hoch. Der Kontext erklärt diese Intensität: Im Oktober 2022 erreichte die Inflation in Österreich erstmals seit 70 Jahren zweistellige Werte (10,5% im September)¹⁰, getrieben durch den massiven Anstieg der Gaspreise um 340,4% gegenüber dem Vorjahr.¹¹ Gazprom hatte im September 2022 die Gaslieferungen durch Nord Stream 1 auf unbestimmte Zeit eingestellt. Die österreichische Regierung reagierte mit einem Maßnahmenpaket im Umfang von 28 Milliarden Euro bis 2026 und führte im September 2022 einen Strompreisdeckel ein. Die Wien Energie benötigte eine staatliche Kreditlinie von 6 Milliarden Euro. Diese Kombination aus Energiepreis-Schock, Inflationskrise und staatlichen Rettungsmaßnahmen schuf den idealen Resonanzraum für wirtschaftliche Desinformationsnarrative.

Phase 3: Jahrestag und anhaltende Debatte (Februar–Mai 2023). Der erste Jahrestag des Kriegsbeginns im Februar 2023 führte zu erneuten parlamentarischen Grundsatzdebatten mit erhöhter Aktivität über alle Narrative (22-33 Erwähnungen). Im Mai 2023 folgte ein erneuter Peak mit 46 Erwähnungen beim Sanktionsnarrativ und 34 beim Deindustrialisierungsnarrativ. Zu diesem Zeitpunkt war die Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas – trotz aller Diversifizierungsversprechen – wieder auf 52% gestiegen.¹²

Phase 4: Wahlkampfdynamik (Mai 2024). Im Vorfeld der Europawahlen am 9. Juni 2024 wurden Sicherheits- und Kriegsthemen intensiv öffentlich debattiert. Mai 2024 verzeichnete 32 Erwähnungen beim Sanktionsnarrativ, 25 beim NATO-Neutralitätsnarrativ (der höchste Wert seit Oktober 2023) und 23 beim Ukraine-Unterstützungsnarrativ. Die FPÖ gewann die Europawahl mit 25,4% knapp vor der ÖVP (24,5%). Der bemerkenswerte Anstieg des NATO/Neutralitäts-Narrativs korreliert mit der intensiven Wahlkampfphase, in der die FPÖ die österreichische Neutralität offensiv verteidigt und die Regierungsparteien als „rücksichtslose Kriegstreiber“ bezeichnet hat.

Phase 5: Deutlicher Rückgang (2024–2025). Ab Sommer 2024 sinken die Narrativ-Erwähnungen auf niedrige einstellige Werte. Die Gaspreise in der EU stabilisierten sich 2023-2024 auf deutlich niedrigerem Niveau (34€/MWh im Dezember 2023 gegenüber über 300€/MWh auf dem Höhepunkt der Krise). Die EU-Länder hatten ihre Gasspeicher auf über 99% gefüllt und den Gasverbrauch zwischen August 2022 und Mai 2024 um 18% reduziert.¹³¹⁴ Die Entschärfung der akuten Energiekrise reduzierte die diskursive Anschlussfähigkeit der wirtschaftlichen Narrative erheblich.

Bibliografie

-
- ¹ EEAS. 3rd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats. European External Action Service. 2025. https://www.eeas.europa.eu/eeas/3rd-eeas-report-foreign-information-manipulation-and-interference-threats-0_en
- ² Christopher Paul und Miriam Matthews. The Russian „Firehose and Falshood” Propaganda Model. RAND Cooperation. 2016. <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PE198.html>
- ³ EEAS. 1st EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats. European External Action Service. 2023. https://www.eeas.europa.eu/eeas/3rd-eeas-report-foreign-information-manipulation-and-interference-threats-0_en
- ⁴ EEAS. 3rd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats. European External Action Service. 2025. https://www.eeas.europa.eu/eeas/3rd-eeas-report-foreign-information-manipulation-and-interference-threats-0_en
- ⁵ Elsa Hedling. Social identities and democratic vulnerabilities: Learning from examples of targeted disinformation. Hybrid CoE. 2025. https://www.hybridcoe.fi/wp-content/uploads/2025/04/20250415-Hybrid_CoE_Paper-24-WEB.pdf?utm_source=chatgpt.com
- ⁶ Ludovic Terren et. al. The last line of defence: measuring resilience to foreign information manipulation and interference in West Africa. European Union Institute for Security Studies. 2023. <https://www.iss.europa.eu/publications/briefs/last-line-defence-measuring-resilience-foreign-information-manipulation-and>
- ⁷ DSN. Verfassungsschutzbericht 2024. Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst, Bundesministerium für Inneres. 2025. https://www.dsn.gv.at/501/files/VSb/205_2025_VSB_2024_V20250929_webBF.pdf
- ⁸ DSN. Verfassungsschutzbericht 2024. Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst, Bundesministerium für Inneres. 2025. https://www.dsn.gv.at/501/files/VSb/205_2025_VSB_2024_V20250929_webBF.pdf
- ⁹ DSN. Verfassungsschutzbericht 2024. Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst, Bundesministerium für Inneres. 2025. https://www.dsn.gv.at/501/files/VSb/205_2025_VSB_2024_V20250929_webBF.pdf
- ¹⁰ Statistik Austria. Inflation im September 2022 auf 10,5 % gestiegen. Pressemitteilung 12.918-216/22. 2022. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/10/20221019VPISeptember2022.pdf>
- ¹¹ Österreichische Energieagentur. Fortsetzung der Preissteigerungen im Gas-Großhandel: ÖGPI Oktober 2022. 2022. <https://www.energyagency.at/aktuelles/oegpi-oktober-2022>
- ¹² E-Control. Monatlicher Anteil von russischem Gas an den gesamten österreichischen Netto-Gasimporten. ENTSO-G, E-Control über energie.gv.at. 2025. <https://energie.gv.at/>
- ¹³ European Commission. Report from the Commission to the European Parliament and the Council on certain aspects concerning gas storage based on Regulation (EU) 2017/1938. COM(2024) 89 final. 2024. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2024:89:FIN>
- ¹⁴ European Commission. State of the Energy Union Report 2024 shows EU progress to ensure secure, competitive and affordable energy for all. IP/24/4581. 2024. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_4581

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2025

All rights reserved. Reprinting or similar or comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Study series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau

Tel. +43 (1) 3583080

office@aies.at | www.aies.at
